

### **Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung: Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge**

Krömmelbein, Silvia; Nüchter, Oliver

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

**Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:**

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### **Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Krömmelbein, S., & Nüchter, O. (2006). Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung: Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 36, 1-6. <https://doi.org/10.15464/isi.36.2006.1-6>

#### **Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

#### **Terms of use:**

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more Information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Sozialberichterstattung  
Gesellschaftliche Trends  
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

## Inhalt

Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung	1
„Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“	6
Deutsche erwarten kaum Besserung für die Zukunft	7
„De sociale staat van Nederland 2005“	11
Wirtschaftliche Situation bedingt den Stellenwert der Umwelt	12
Ausstiege aus dem unteren Einkommensbereich Buchhinweis	15
33. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie Die Natur der Gesellschaft	16

## Bürger wollen auch in Zukunft weitreichende soziale Sicherung

Einstellungen zum Sozialstaat im Spannungsfeld von staatlicher Absicherung und Eigenvorsorge

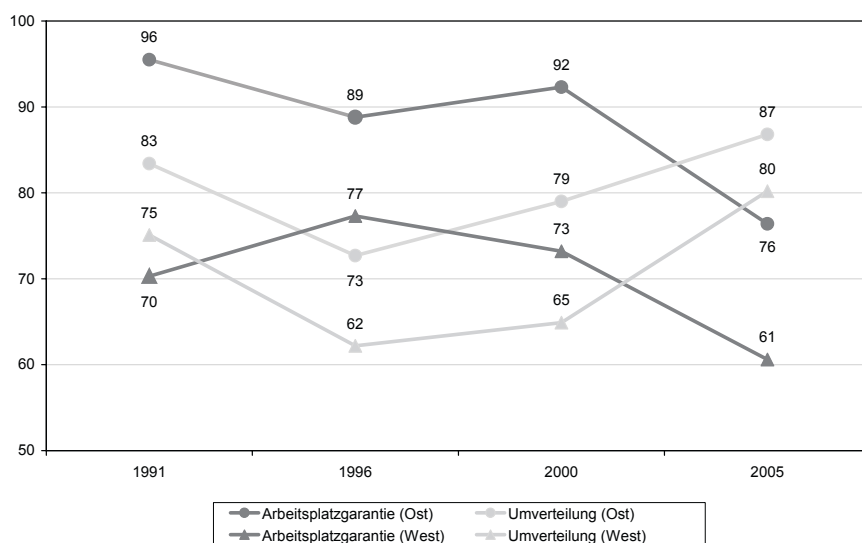
*Wirtschaftliche und demografische Entwicklungen setzen den Sozialstaat seit den 90er Jahren verstärkt unter Druck. Dies zeigt sich auch in der politischen Debatte, bei der die Kosten der sozialen Sicherung zunehmend als eine Gefährdung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit diskutiert werden. Zudem gerät die staatliche Absicherung in den Verdacht, über eine Bevormundung der Bürger eine Abhängigkeitsmentalität zu erzeugen. In der Folge ist ein sozialstaatlicher Umbau festzustellen, der sich durch Kürzungen des bisherigen Leistungsniveaus, aktivierende Elemente, die Förderung und Forderung von größerer Eigenverantwortung und Risikovorsorge seitens der Bürger sowie eine Relativierung der Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung (Gewährleistungsfunktion) auszeichnet. Dieser Wandel des Sozialstaats kann in Konflikt geraten sowohl mit individuellen Wohlstandsansprüchen als auch mit kulturell erzeugten Deutungs- und Legitimationsmustern, die sich entlang der bisher geltenden Arrangements sozialer Sicherheit entwickelt haben. Darüber hinaus könnte die politische Leistung des Sozialstaats, die Bindung der Bürger an den Staat und die Herstellung eines gesellschaftspolitischen Konsenses in der Bevölkerung, in Mitleidenschaft gezogen werden. Daher wird im vorliegenden Beitrag die Akzeptanz der sozialpolitischen Veränderungsprozesse in der Bevölkerung untersucht. Neben der Beurteilung des Status Quo richtet sich der Fokus auf die Frage, welches Modell sozialstaatlicher Absicherung gewünscht wird. Befürworten die Bürger einen Politikwechsel im Sinne einer Stärkung der Eigenverantwortung oder halten sie an den bisherigen Wohlfahrtsansprüchen und Forderungen gegenüber dem Staat – und den daraus folgenden finanziellen Konsequenzen – fest?*

Um die Einstellungen der Bevölkerung zum Sozialstaat zu untersuchen, verwenden wir verschiedene Indikatoren, die sich auf die Verteilungsgerechtigkeit, auf Zuständigkeiten und Ausgabenpolitiken sowie auf das Vertrauen und konkrete Reformvorschläge am Beispiel des Gesundheitswesens richten. Damit kann eruiert werden, inwieweit die Aufwertung liberaler Gerechtigkeitsvorstellungen (Leisering 2004) und die Neujustierung des Verhältnisses von Markt, Staat und privater Wohlfahrtsproduktion auf Akzeptanz oder auf Vorbehalte trifft.

Die Teilprivatisierung von sozialen Risiken gibt Anlass zu der Vermutung, dass der sozialstaatliche Konsens brüchig wird, weil die unterschiedlichen sozioökonomischen Voraussetzungen die Möglichkeiten zur Übernahme von Eigenverantwortung begrenzen. Daher

wird in einem zweiten Schritt untersucht, welche strukturellen und kulturellen Kontexte die Einstellungen zum Sozialstaat beeinflussen und ob sich Polarisierungen zwischen Bevölkerungsgruppen in der Akzeptanz einer stärker marktförmig organisierten, individuellen oder einer umfassenden, auf dem Solidaritätsgedanken basierende Absicherung erkennen lassen. Einen besonderen Blick werfen wir dabei auch auf die bislang markanten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland.

Die Datengrundlage für den vorliegenden Beitrag sind die Ergebnisse des Forschungsprojektes „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EVS), das vom BMGS (jetzt BMAS, BMG) in Auftrag gegeben wurde. Das von Prof. Wolfgang Glatzer und Prof. Alfons Schmid geleitete Projekt erstreckt sich insgesamt auf den Zeitraum von 2005 bis 2008 und beinhaltet

**Grafik 1: Egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)**

Arbeitsplatzgarantie: „Der Staat sollte für alle, die arbeiten wollen, einen Arbeitsplatz zur Verfügung stellen.“ Umverteilung: „Das Wichtigste ist, dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung erfordert.“

Quelle: Panel des International Social Justice Project (ISJP) für 1991-2000, Projekt „Einstellungen zum Sozialstaat“ (EVS) 2005

vier repräsentative telefonische CATI-Bevölkerungsumfragen mit jeweils mindestens 5000 Personen. Grundgesamtheit ist die deutsche Wohnbevölkerung ab dem 18. Lebensjahr. Die verwendete Stichprobe für 2005 umfasst ungeachtet 5025 Interviews, wobei 2531 auf die neuen Bundesländern entfallen (zu Methode und Konzept vgl. Krömmelbein et al. 2006).

### Hohe Zustimmung zu egalitärer Verteilungsgerechtigkeit

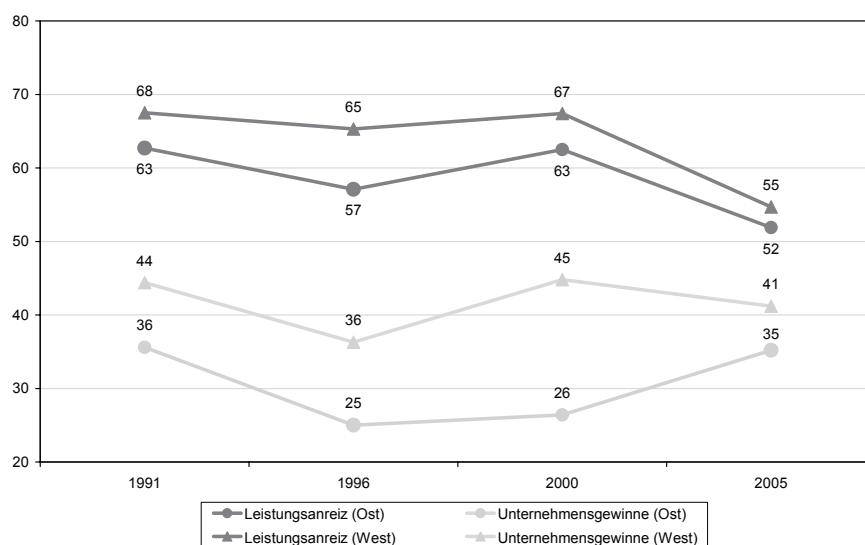
Durch den Umbau der sozialen Sicherungssysteme erhalten Gerechtigkeitskonzepte, die der Stärkung der Eigenverantwortung für eine selbst bestimmte Lebensführung des Einzelnen oder dem gesamtgesellschaftlichen Nutzen wirtschaftlichen Wachstums Priorität einräumen, einen größeren Stellenwert (vgl. Leisering 2004). Darüber werden vor allem der Markt als Instanz der Wohlfahrtsproduktion und die produktiven Anreizeffekte sozialer Ungleichheit aufgewertet. Ob dies zu einem kulturellen Wandel der Gerechtigkeitsvorstellungen in der Gesellschaft führt, lässt sich anhand der Bewertung von Verteilungsergebnissen und von Verteilungsregeln erfassen (vgl. Noll/Christoph 2004: 99). Insbesondere die Bewertung von Verteilungsregeln zeigt, welche Bedeutung dem Leistungsprinzip staatlicher Intervention im Bewusstsein der Menschen zukommt. Zur Operationalisierung unterscheiden wir zwischen individualistischen und egalitaristischen Gerechtigkeitsvorstellungen (vgl. Mühleck 2003).<sup>1</sup> Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen legitimieren soziale Ungleichheiten anhand der produktivistischen Gerechtigkeit und der Leistungsgerechtigkeit des Marktes, die eine Motivations- und Anreizfunktion enthält. Demgegenüber gehen egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen von einer begrenzten Rationalität des Marktes

aus, die zu nicht erwünschten oder sogar zu kontraproduktiven Verteilungsergebnissen führt. Erst die staatliche Intervention und Verteilungsprinzipien des Bedarfs oder der Gleichheit führen demnach zu einer gerechten Verteilung des Reichtums. Die Ergebnisse der EVS-Umfrage zeigen, dass die Akzeptanz von egalitären Verteilungsnormen im Vergleich zur individualistischen Gerechtigkeitsideologie deutlich stärker ausfällt. Dies korrespondiert mit einem eher kritischen Blick der Bevölkerung auf die Verteilungsgerechtigkeit – rund 80% sind der Auffassung, dass die soziale Gerechtigkeit in jüngster Zeit abgenommen hat, dass die Einkommensunterschiede zu groß sind und starke Konflikte zwischen armen

und reichen Bevölkerungsgruppen existieren. Ebenso stimmen über 80% der Befragten dem sozialstaatlichen Bedarfprinzip, nach dem es am wichtigsten ist, „dass die Menschen bekommen, was sie zum Leben brauchen, auch wenn das Umverteilung bedeutet“ zu. Noch fast zwei Drittel sehen den Staat in der Verantwortung, bei Versagen des Arbeitsmarktes Arbeitsplätze für die Menschen bereit zu stellen. An dieser Stelle sind auch die größten Differenzen zwischen Ost- und Westdeutschland auszumachen (Grafik 1).

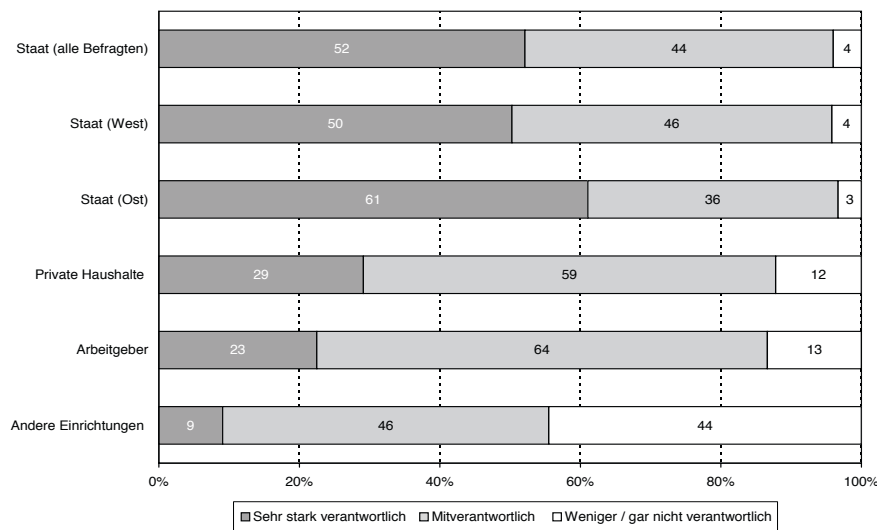
Demgegenüber fällt die Akzeptanz individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen geringer aus. Nur etwa die Hälfte stimmt der Aussage zu, dass „ein Anreiz zur Leistung ... nur dann (besteht), wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind“. Noch geringer ist die Akzeptanz der produktivistischen Gerechtigkeitsvorstellung, dass „hohe Unternehmensgewinne ... ihre Richtigkeit (haben), weil letztlich alle davon profitieren“ (Grafik 2).

Veränderungen zeigen sich in beiden Gerechtigkeitsvorstellungen. Innerhalb egalitärer Einstellungsmuster erhält die Gewährleistung einer Bedarfssicherung durch staatliche Sozialpolitik eine größere Priorität, während die Erwartungen an weitergehende staatliche Eingriffe in die Wirtschaft (der Staat sollte Arbeitsplätze bereitstellen) in beiden Landesteilen rückläufig sind. Zugleich ist eine leichte Erosion individualistischer Gerechtigkeitsvorstellungen zu verzeichnen, da die Zustimmung zur Motivations- und Anreizfunktion der Einkommensunterschiede in beiden Landesteilen abgenommen hat und insgesamt um 13 Prozentpunkte niedriger liegt als 1991. Dies trifft für die produktivistische Gerechtigkeitsnorm nicht in gleicher Weise zu. Auffallender ist hier im Vergleich zu den Ergebnissen aus dem Jahr 2000 die gegenläufige Entwicklung in Ost und Westdeutschland.

**Grafik 2: Individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen (Zustimmung, in %)**

Leistungsanreiz: „Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.“ Unternehmensgewinne: „Es hat schon seine Richtigkeit, wenn Unternehmer große Gewinne machen, denn am Ende profitieren alle davon.“

Quelle: ISJP-Panel für 1991-2000, EVS 2005

**Grafik 3: Zuständigkeit für soziale Sicherung (in %)**

Indikator: „Bitte sagen Sie mir, wie stark der Staat, die private Haushalte, die Arbeitgeber oder andere Einrichtungen wie z.B. Kirchen oder Wohlfahrtsverbände für die soziale Sicherung verantwortlich sein sollten.“

Quelle: EZS 2005

### Hohe Wohlfahrtsansprüche und begrenzte Akzeptanz von Eigenverantwortung

Als grundlegend für die gegenwärtige Reformpolitik kann die Aufwertung der Eigenverantwortung und die Neuaufteilung von Verantwortung unter staatlicher Zuständigkeit angesehen werden. Diesem Wandel folgt die Bevölkerung nur in Ansätzen (Grafik 3). Nach wie vor wird der Staat mehrheitlich als hauptverantwortlich für die soziale Sicherung angesehen.<sup>2</sup> Zugleich sieht jedoch eine überwältigende Mehrheit von fast 90% auch jeden einzelnen Bürger und die Arbeitgeber in der Verantwortung. Damit dominiert die Vorstellung einer geteilten Verantwortung, wobei sich allerdings bei beiden Akteuren die Einschätzung von sehr starker Verantwortung zu abgeschwächter Mitverantwortung verschiebt.

Eine weitere Frage nach dem gewünschten Umfang zukünftiger Eigenverantwortung, die auch explizit die finanzielle Zuständigkeit für die soziale Sicherung einschließt und zwischen den Teilsystemen differenziert, verweist jedoch auf die Grenzen der Akzeptanz von privater Risikoversorge, denn die Bevölkerung ist in dieser Frage eher gespalten. Nur eine knappe Mehrheit plädiert dafür, dass der Einzelne in Zukunft mehr Verantwortung zu übernehmen hat, wobei sich nur bis zu maximal 12% der Befragten für „viel mehr“ Eigenverantwortung aussprechen. Am stärksten ist die Akzeptanz der Eigenverantwortung in den Bereichen Altersvorsorge und Pflege; am geringsten hinsichtlich des sozialen Risikos der Erwerbs- und Einkommenslosigkeit, was sich damit erklären lässt, dass in diesen Fällen die finanzielle Situation den Möglichkeiten der Eigenvorsorge bereits Grenzen setzt (Tabelle 1).

Ein zentraler Indikator für den Grad der Anpassung der Wohlfahrtserwartungen an die gegenwärtige Problemlage und Reformpolitik

ist der Wunsch nach Kürzung oder Ausweitung staatlicher Ausgaben. Dabei wird deutlich, dass trotz „leerer Kassen“ eine Kürzung der staatlichen Sozialausgaben nicht gewünscht wird. Die meisten plädieren sogar für eine Ausweitung der sozialstaatlichen Ausgaben – oder mindestens für eine Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus. Priorität genießt dabei die Unterstützung von Familien und Kindern. Lediglich bei den Zielen, die sich auf die Lebensstandardsicherung bei Erwerbsunfähigkeit, im Alter und bei Arbeitslosigkeit beziehen, befürwortet etwa die Hälfte eine Beibehaltung des Status quo oder eine Einschränkung des Umfangs sozialstaatlichen

Handelns, wobei auf den Wunsch nach Kürzung 8-14% entfallen. Darin drückt sich ansatzweise eine schwache Akzeptanz von Abstrichen im Niveau der sozialen Sicherung aus, da diese Bewertungen der Reformpolitik zu folgen scheinen (Tabelle 2).

Insgesamt sind die Wohlfahrtsansprüche an den Sozialstaat in Ostdeutschland höher. Ein größerer Bevölkerungsanteil nimmt hier die staatlichen Ausgaben als zu niedrig wahr und die Bereitschaft zur Übernahme der privaten Risikoversorge fällt etwas geringer aus. Dieser auch in der Vergangenheit bereits ermittelte Befund kann als Indiz für sozialisatorische Effekte gewertet werden, zumal das Anspruchsniveau auch mit dem Alter der Bürger variiert (vgl. Tabelle 4).

Zusammenfassend lässt sich bislang nicht von einer kulturellen Wende oder einer abnehmenden Akzeptanz eines umfassenden und kompensatorischen Sozialstaatsmodells sprechen. Zwar wird Eigenverantwortung grundsätzlich akzeptiert, dies bedeutet aber nicht, dass die Zuständigkeit des Staates für die soziale Sicherung in Frage gestellt wird. Vielmehr besitzt der traditionelle, expansive Sozialstaat in den Einstellungen der Bürger weiterhin einen hohen Stellenwert.

### Das Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme ist teilweise gering

Vor diesem Hintergrund sind auch die Ergebnisse hinsichtlich des Ausmaßes des Vertrauens zu interpretieren, das die Bürger dem Sozialstaat und seinen Einzelsystemen entgegenbringen. Da auch weiterhin an der sozialstaatlichen Kernvorstellung eines abgesicherten Lebens festgehalten wird, ist das

**Tabelle 1: Erwünschte Eigenverantwortung in Zukunft (in %)**

	Viel mehr / mehr	Gleichbleibend	Weniger / keine
Lebensstandard im Alter	65	30	5
Pflege im Alter und bei Krankheit	60	33	7
Gesundheitliche Versorgung	54	38	8
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	53	39	8
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	Ost 46	43	11
	West 53	38	9

Indikator: „Inwieweit sollte der Einzelne für die folgenden Dinge mehr Verantwortung übernehmen, d.h. auch mehr Eigenfinanzierung leisten?“

Quelle: EZS 2005

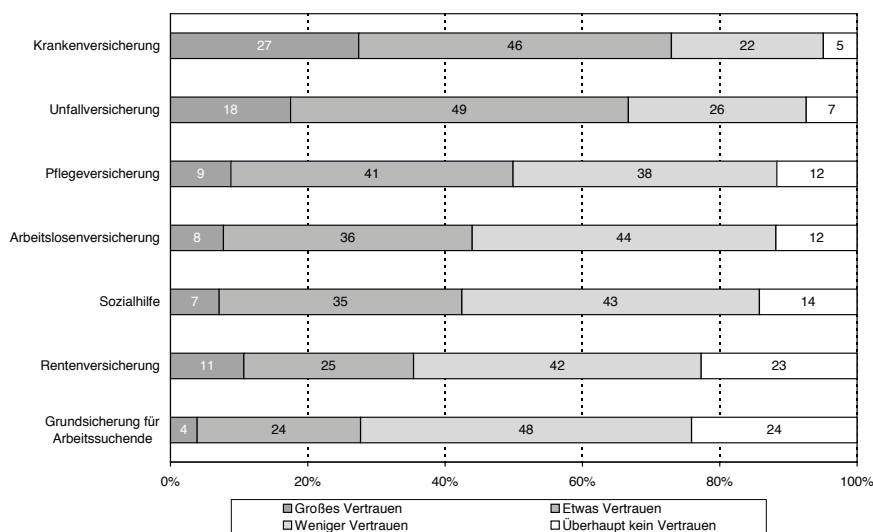
**Tabelle 2: Erwünschte Staatsausgaben in Zukunft (viel mehr / mehr, in %)**

	Ost	West
Familien und Kinder unterstützen	88	77
Pflege im Alter und bei Krankheit	70	66
Gesundheitliche Versorgung	68	56
Grundsicherung für Bedürftige	64	54
Lebensstandard im Alter	55	49
Lebensstandard bei Erwerbsunfähigkeit	57	49
Lebensstandard bei Arbeitslosigkeit	49	41

Indikator: „Und für welche Ziele sollte der Staat mehr oder weniger Geld ausgeben? (...) Bedenken Sie dabei, dass höhere Ausgaben auch höhere Steuern und Abgaben erfordern können.“

Quelle: EZS 2005



**Grafik 4: Vertrauen in die sozialen Sicherungssysteme (in %)**

Indikator: „Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Einrichtungen der sozialen Sicherung und Sie sagen mir bitte bei jeder Einrichtung, wie groß das Vertrauen ist, dass Sie ihr entgegenbringen.“

Quelle: EZS 2005

Vertrauen in die einzelnen Sicherungssysteme als Indikator für die wahrgenommene Qualität der an dieser Kernvorstellung gemessenen staatlichen Sicherungsleistungen zu werten.

Es zeigt sich, dass das Vertrauen in die soziale Sicherung nicht sehr stark ausgeprägt ist, wobei zwischen Ost und West keine auffälligen Unterschiede in der Einschätzung bestehen. Durchschnittlich hat etwa die Hälfte der Bevölkerung weniger oder kein Vertrauen in den Sozialstaat. Das Antwortverhalten weist allerdings, bezogen auf die spezifischen Sicherungssysteme, starke Schwankungen auf. So genießt das Gesundheitswesen trotz andauernder Debatten über seine Finanzierbarkeit mit einem Anteil von drei Vierteln der Befragten, die etwas oder großes Vertrauen bekunden, ein hohes Ansehen (Grafik 4). Obwohl man sich im Zuge der derzeit durchgeführten Reformen auf geringere Leistungsansprüche und höhere Zuzahlungen einzustellen hat, wird die Idee einer angemessenen und gesetzlich garantierten Unterstützung im Krankheitsfall als gut umgesetzt angesehen. Sehr viel geringer ist dagegen das Vertrauen in die einzelnen Institutionen der Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Weniger als die Hälfte der Bürger vertrauen der Arbeitslosenversicherung und der Sozialhilfe; bei der neu geschaffenen Grundsicherung für Arbeitssuchende rutscht der Anteil der vertrauenden Personen sogar auf unter 30% ab. Die geringen Vertrauenswerte dürften mit den Auswirkungen der letzten Arbeitsmarktreform in Zusammenhang stehen, bei der Dauer und Höhe der Lohnersatzleistungen reduziert und Zumutbarkeiten bei der Vermittlung einer neuen Arbeitsstelle erhöht wurden. Gerade bezüglich des neu eingeführten Arbeitslosengelds II scheint sich für die Bürger das Leistungsniveau nicht im Einklang mit den verinnerlichten Werten einer umfassenden sozialen Absicherung zu befinden. Hierbei dürfte allerdings zu berücksichtigen sein, dass die neue (ab 1. Januar

2005) Grundsicherung für Arbeitssuchende zum Zeitpunkt der Befragung (Frühjahr 2005) sich gerade in der Einführungsphase befand. Ähnlich schlechte Ergebnisse zeigen sich für die Rentenversicherung, der nur ein Drittel der Bevölkerung zutraut, eine angemessene Sicherung des Lebensstandards im Alter bei gleichzeitig bezahlbaren Beiträgen bewerkstelligen zu können. Neben einer Reduzierung des Rentenniveaus durch die Reform 2005 kann dies vor allem dem zunehmenden demographischen Ungleichgewicht zwischen alten und jungen Bevölkerungsteilen geschuldet sein, das den Erhalt der Funktionsfähigkeit der gesetzlichen Rentenversicherung in ihrer jetzigen Form fragwürdig erscheinen lassen.

Im Ergebnis kann festgehalten werden, dass die Fähigkeit des Staates, vor dem Hintergrund gravierender sozialer Wandlungsprozesse eine zufrieden stellende Antwort auf gesellschaftliche Risiken geben zu können, eher skeptisch beurteilt wird. Damit dürfte eine Reduzierung des individuellen Sicherheitsgefühls einhergehen. Bisher ist es nicht gelungen, durch liberale Reformmaßnahmen Vertrauen in die soziale Sicherung aufzubauen.

## Reformen des Gesundheitswesens stoßen auf geteiltes Echo

Betrachtet man die Akzeptanz konkreter Reformrichtungen am Beispiel des Gesundheitswesens, bestätigt sich dieses Bild. 2004 wurden mit dem Gesundheitsmodernisierungsgesetz eine Reihe von Veränderungen im Gesundheitssystem verabschiedet. Diese umfassen neben Zuzahlungen für Medikamente und medizinische Behandlungen den Wegfall von einigen Leistungen aus dem Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherungen, eine höhere Transparenz in der Kostenabrechnung sowie die Möglichkeit der Einführung von Bonussystemen durch die Krankenkassen. Hierdurch sollen neben dem Ziel einer finanziellen Entlastung für die Krankenkassen das individuelle Gesundheitsbewusstsein der Bürger gestärkt und Anreize für ein eigenverantwortliches Gesundheitsverhalten gesetzt werden.

Die eingeführten Aktivierungselemente stießen dabei auf ein geteiltes Echo in der Bevölkerung. Die Forderungen nach höheren Zuzahlungen und Leistungskürzungen der gesetzlichen Krankenversicherung werden sehr kritisch beurteilt. Nur jeder Vierte Bundesbürger – in Ostdeutschland gar nur jeder Sechste – stimmt diesen Reformmaßnahmen zu (Tabelle 3). Positiv wird dagegen die Möglichkeit bewertet, einen Teil der Gesundheitsvorsorge in Zukunft selbst nach dem individuellen Bedarf regeln zu können. Eine Mehrheit von 60% sieht darin eine Verbesserung, wobei auch hier die Zustimmung in den neuen Bundesländern geringer ist. Die Einstellungen sind also gespalten. Dort, wo der aktivierende Sozialstaat mehr eigene Gestaltungsmöglichkeiten schafft, wird er durchaus begrüßt. Sobald sich jedoch die Aufmerksamkeit auf die stärkere finanzielle Eigenbeteiligung richtet, überwiegen ablehnende Beurteilungen. Die in Ostdeutschland zu beobachtende vehementere Ablehnung aller drei Reformrichtungen bringt zum einen die insgesamt schlechtere finanzielle Lage der Menschen und die daraus sich ergebenden geringeren Spielräume zum Ausdruck, zum anderen eine allgemein vorherrschende Skepsis gegenüber einer stärker auf Eigenverantwortung setzenden Sozialpolitik.

**Tabelle 3: Reformrichtungen im Gesundheitswesen (Zustimmung, in %)**

	West	Ost
Die Leistungen sollten eingeschränkt werden, um die Beiträge stabil zu halten	23	18
Es sollten höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen erbracht werden, um das Gesundheitswesen zu entlasten	27	16
Es ist besser, wenn man einen Teil der Gesundheitsvorsorge selbst regeln kann. Dann kann man seinen Bedarf selbst bestimmen	61	55
Alle sollten den gleichen Geldbetrag zahlen, denn die Leistungen sind auch für alle gleich.	32	37
Nicht nur Löhne und Gehälter, sondern alle Einkommensarten sollten zur Finanzierung der Gesetzlichen KV beitragen.	58	61

Quelle: EZS 2005

Die gesetzliche Krankenversicherung zeichnet sich durch eine starke Orientierung am Solidarprinzip aus, bei der die Leistungen für alle gleich sind, während die Beiträge an die Höhe der Einkommen gekoppelt werden. Neben den oben behandelten Reformmaßnahmen gibt es Überlegungen zur Veränderung dieser Finanzierungsweise. Zum einen wird unter der Bezeichnung „Gesundheitsprämie“ eine Entkopplung der Beiträge vom Einkommen diskutiert, zum anderen wird mit der „Bürgerversicherung“ der Vorschlag gemacht, das Solidarprinzip auf weitere Einkommensarten auszuweiten. Es zeigt sich, dass die Bevölkerung zum großen Teil am Modell des Solidarprinzips festhält und eine Abkehr davon nicht akzeptiert. Gerade mal ein Drittel stimmt der Aussage zu, dass „alle (...) den gleichen Geldbetrag zahlen (sollten), denn die Leistungen sind auch für alle gleich“. Dagegen begrüßt eine Mehrheit von 60% die Idee, neben Löhnen und Gehältern alle Einkommensarten zur Finanzierung hinzuzuziehen.

Durch die Einstellungen zu den Reformmaßnahmen kann die Beurteilung der Idee einer stärkeren Eigenverantwortung präzisiert werden. Sobald hiermit konkret höhere Zuzahlungen und Eigenleistungen sowie eine Relativierung traditioneller Sozialstaatsprinzipien verbunden sind, verwandelt sich die Einschätzung von einer grundsätzlichen Zustimmung in eine tendenzielle Ablehnung.

#### Leistungsfähige befürworten eher mehr Eigenvorsorge, Schwächere fordern Versorgung

In der vorhergehenden Darstellung wurden Einstellungen zu grundlegenden Elementen des Wandels von einer versorgenden zu einer eher aktivierenden Sozialpolitik aufgezeigt. Im letzten Schritt wird nun untersucht, ob sich Polarisierungstendenzen in der Zustimmung bzw. Ablehnung beider Sozialstaatsmodelle

zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen erkennen lassen. Hierfür wurden polarisierende Ansichten aus der Untersuchung zu Deutungsmustern einer entweder „liberal-aktivierenden“ oder einer „egalitär-versorgenden“ Sozialpolitik verdichtet.<sup>3</sup>

Grundsätzlich lassen sich diese Einstellungsmuster einerseits aus den spezifischen Interessen und der Nutzenorientierung der Menschen, andererseits aus grundlegenden Normen und Werten erklären, die wiederum in Wechselwirkung zueinander stehen (vgl. Andreß/Heien/Hofäcker 2001). Um ein umfassendes Bild der Determinanten sozialstaatlicher Einstellungen zu erhalten, wird daher der Einfluss der sozioökonomischen Lage, des subjektiven Wohlbefindens sowie von sozialisatorischen Effekten in einem linearen Regressionsmodell überprüft.

Zunächst lässt sich festhalten, dass sowohl kulturelle als auch strukturelle Bestimmungsfaktoren teilweise erklären, welches Deutungsmuster von den Bürgern vertreten wird (Tabelle 4). Einen durchgängig starken Einfluss haben vor allem das Haushaltseinkommen und die subjektive Lebenszufriedenheit, wobei sich der erwartbare Effekt zeigt: Diejenigen, die objektiv zu den Gewinnern der Gesellschaft zählen bzw. sich als solche wännen, befürworten einen liberal-aktivierenden Sozialstaat, während die strukturell weniger Leistungsfähigen bzw. eher Unzufriedenen sich eine weiterhin umfassend absichernde Sozialpolitik wünschen, wobei dies gleichermaßen für Ost- und Westdeutschland zutrifft.

Des Weiteren befürworten Personen mit niedrigem Bildungsniveau und Frauen eine umfassendere Sozialpolitik. Während letzteres als geschlechterspezifischer Sozialisationseffekt interpretiert werden kann, führt höhere Bildung offenkundig stärker zu dem subjektiven Gefühl der „Gestaltbarkeit“ des eigenen

Lebens, das die Akzeptanz von Eigenverantwortung fördert. Dies trifft ebenso auf die Selbstständigen zu, deren Selbstverständnis, sich für die eigene Position und soziale Lage verantwortlich zu sehen sich vor allem vor dem Hintergrund der ostdeutschen Erfahrungen sehr stark auswirkt. Demgegenüber spielt der Status einer abhängigen Beschäftigung, der vor allem die Ablehnung größerer Eigenvorsorge und Eigenverantwortung in der sozialen Sicherung erklärt, nur im Westen eine Rolle. Insbesondere die westdeutschen Erwerbstätigen scheinen somit die Kosten des Sozialstaats in den Blick zu nehmen und sich von einer aktivierenden Sozialpolitik keine Entlastung zu versprechen.

Die Erwartungen an eine versorgende, auch Einkommensdifferenzen ausgleichende Sozialpolitik sind im Osten grundsätzlich deutlich höher. Damit bestätigt sich, dass die ostdeutsche Bevölkerung nach wie vor eine stärker egalitäre Einstellung hat und insbesondere die Rolle des Staates für die Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit für wichtiger erachtet. Unterstrichen wird dies durch den Einfluss der Altersvariable: Während in Ostdeutschland mit zunehmendem Alter der Wunsch nach einem egalitär-versorgenden Sozialstaat zunimmt, ist dieser Effekt im Westen weitaus geringer. Die Vorstellungen zur Verteilungsgerechtigkeit und zum Staatsinterventionismus sind hier möglicherweise ein Indiz für das kognitive Erbe der Sozialisationserfahrungen in der ehemaligen DDR, das jedoch zunehmend geringere Relevanz zu besitzen scheint. Bislang wurde das über alle sozialen Gruppen hinweg wahrgenommene Gefühl einer kollektiven Benachteiligung als Erklärung für die geringere Varianz ostdeutscher Einstellungen herangezogen (vgl. Braun 1998); die in der vorliegenden Analyse größere Varianz ostdeutscher Einstellungen stützt diese Annahme nicht. Dies deutet auf ein Aufbrechen kollektiver Überzeugungen und sich vergrößernde Interessenkonflikte zwischen den sozialen Gruppen hin, womit auch ein Schwinden der ostdeutschen „Wirmentalität“ verbunden sein dürfte.

Der Sozialstaat als Instrument der umfassenden Absicherung von Lebensrisiken genießt nach wie vor hohe Wertschätzung. Allerdings wird der konkreten sozialstaatlichen Praxis teilweise Kritik und Misstrauen entgegengebracht.

Eine aktivierende Sozialpolitik stößt auf begrenzte Akzeptanz in der Bevölkerung; der Gedanke größerer Eigenverantwortung findet dann Zustimmung, wenn keine konkrete finanzielle Belastung droht. Zugleich werden hohe und umfassende Wohlfahrtsansprüche aufrechterhalten, für deren Befriedigung nach wie vor der Staat verantwortlich gesehen wird.

Angeichts konkurrierender Gestaltungsmodelle und zugrunde liegender Gerechtigkeitsvorstellungen scheint der in der Vergangenheit starke sozialstaatliche Konsens etwas zu

**Tabelle 4: Einflussgrößen sozialstaatlicher Deutungsmuster in Ost und West (Multiple lineare Regressionen)**

		GESAMT		WEST		OST	
		aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend	aktivierend	versorgend
Ostdeutsch	$\beta$	-.07***	.11***				
Haushaltseinkommen	$\beta$	.09***	-.14***	.09***	-.13***	.07**	-.14***
Erwerbstätig	$\beta$	-.10***	.04*	-.12***	.05*	-.02	.01
Selbstständig	$\beta$	.05**	-.07***	.03	-.06*	.13***	-.17***
Alter	$\beta$	-.02	.09***	-.01	.07**	-.07**	.26***
Weiblich	$\beta$	-.08***	.13***	-.08***	.14***	-.08***	.08***
Bildung: hoch	$\beta$	.06***	-.18***	.08***	-.19***	-.01	-.17***
Haushalte mit Kindern	$\beta$	-.01	-.01	-.02	.00	.00	-.07**
Gerechter Anteil	$\beta$	.07***	-.14***	.06**	-.14***	.13***	-.14***
Zufriedenheit	$\beta$	.08***	-.10***	.07**	-.11***	.14***	-.11***
R <sup>2</sup>		.072	.198	.061	.172	.104	.272
adj. R <sup>2</sup>		.069	.197	.057	.168	.100	.269
N		4230	4230	2074	2074	2066	2066

\*  $p \leq .05$ , \*\*  $p \leq .01$ , \*\*\*  $p \leq .001$ . Fehlwerte: fallweise eliminiert. Alle Berechnungen mit gewichteten Fällen durchgeführt.

Quelle: EZS 2005

erodieren. Die Zustimmung zu dem jeweiligen Sozialstaatsmodell hängt dabei in hohem Maße von der sozioökonomischen Lage und der subjektiven Zufriedenheit ab, während zugleich sozialisationsbedingte Ost-West-Differenzen im Zeitverlauf abnehmen. Dies wiederum legt den Schluss nahe, dass ein weiteres Auseinanderdriften der Lebensverhältnisse der Bevölkerung und eine Verschärfung bestehender Verteilungskonflikte zu einer größeren Polarisierung sozialstaatlicher Einstellungen führen werden.

- 1 Die Operationalisierung knüpft an das Instrument „Gerechtigkeitsideologien“ des International Social Justice Project an. Unser Dank gilt der Arbeitsgruppe International Social Justice Project (ISJP), die uns die Auswertungen der vergangenen Jahre zur Verfügung gestellt hat.
- 2 Bereits in der Vergangenheit war stets eine überwältigende Mehrheit von rund 90% der Menschen der Auffassung, dass der Staat dafür sorgen muss, dass man auch bei Krankheit, Not, Arbeitslosigkeit und im Alter ein gutes Auskommen hat (vgl. Statistisches Bundesamt 2004: 653).
- 3 Für die „liberal-aktivierende“ Sozialpolitik wurden folgende Items zu einem Index verdichtet: die Akzeptanz einer in Zukunft größeren Eigenverantwortung, eine hohe Bedeutung der Förderung von mehr Eigenverantwortung, die Akzeptanz von Zuzahlungen und Eigenbeteiligungen und der individuellen Regelung des eigenen

Versicherungsstatus sowie individualistische Gerechtigkeitsvorstellungen. Die „egalitär-versorgende“ Sozialpolitik wurde mit folgenden Items gemessen: dem Wunsch nach hoher Intensität staatlicher Sozialpolitik und der Verringerung von Einkommensdifferenzen, eine hohe Bedeutung der Sicherung von Lebens- und Versorgungsstandards, die Ausweitung der Versicherungspflicht im Gesundheitswesen auf Beamte und Selbstständige sowie egalitaristische Gerechtigkeitsvorstellungen. Zugrunde liegt in beiden Fällen die Erkenntnis, dass die Forderung nach beispielsweise überdurchschnittlich hohen Staatsausgaben auch häufiger vom Wunsch nach Verringerung der Einkommensunterschiede und einer umfassenden Versicherungspflicht im Gesundheitswesen begleitet werden, die Befragten also weitgehend konsistente sozialstaatliche Einstellungen entwickeln.

Andreß, Hans-Jürgen, Heien, Thorsten, Hofäcker, Dirk, 2001: Wozu brauchen wir noch den Sozialstaat? Der deutsche Sozialstaat im Urteil seiner Bürger. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.

Braun, Michael, 1998: Soziale Ungleichheit und Wohlfahrtsstaat: Einstellungswandel in Ost- und Westdeutschland. S. 115-138 in: Michael Braun, Peter Mohler (Hg.), Blickpunkt Gesellschaft 4. Soziale Ungleichheit in Deutschland. Opladen: Westdeutscher Verlag.

Krömmelbein, Silvia, Bieräugel, Roland, Glatzer, Wolfgang, Nüchter, Oliver, Schmid, Alfons, 2006: Einstellungen zum Sozialstaat. Repräsentative Querschnittsuntersuchung zu grundsätzlichen gesundheits- und sozialpolitischen Einstellungen in der Bevölkerung (im Erscheinen).

Leisering, Lutz, 2004: Paradigmen sozialer Gerechtigkeit. Normative Diskurse im Umbau des Sozialstaats. S. 29-68 in: Stefan Liebig, Holger Lengfeld, Steffen Mau (Hg.), Verteilungsprobleme und Gerechtigkeit in modernen Gesellschaften. Frankfurt am Main: Campus-Verlag.

Mühleck, Kai, 2003: Stabilität von Einstellungen. Gerechtigkeitsideologien im ISJP-Panel 2000-2002. ISJP Arbeitsbericht Nr. 97. Berlin.

Noll, Heinz-Herbert, Christoph, Bernhard, 2004: Akzeptanz und Legitimität sozialer Ungleichheit. Zum Wandel von Einstellungen in West- und Ostdeutschland. S. 97-125 in: Rüdiger Schmitt-Beck, Martina Wasmer, Achim Koch (Hg.), Sozialer und politischer Wandel in Deutschland. Analysen mit Allbus-Daten aus zwei Jahrzehnten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

■ **Silvia Krömmelbein und Oliver Nüchter (unter Mitarbeit von Roland Bieräugel), Universität Frankfurt**  
Tel.: 069 / 798-23843  
kroemmelbein@em.uni-frankfurt.de  
ol.nuechter@em.uni-frankfurt.de

## „Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“

Eine deutsch-italienische Tagung der Villa Vigoni

In der Villa Vigoni fand vom 26.-28. März eine Tagung zum Thema „Censis-Report und Datenreport – Soziales Reporting in Europa“ statt, die das Kuratorium des Deutsch-Italienischen Zentrums mit Blick auf die zunehmende Bedeutung von Aktivitäten der Sozialberichterstattung in einem sozialen Europa initiiert hatte. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand ein Vergleich des italienischen Censis-Reports mit dem deutschen Datenreport. Der Censis-Report wird bereits seit 40 Jahren von dem in Rom ansässigen Censis-Institut jährlich veröffentlicht und genießt in der italienischen Öffentlichkeit eine große Aufmerksamkeit. Der Datenreport als die bedeutendste Publikation zur Sozialberichterstattung in Deutschland ist 1983 erstmals erschienen und wird von der Bundeszentrale für Politische Bildung alle zwei Jahre veröffentlicht. Seit 1993 wird er vom Statistischen Bundesamt zusammen mit dem WZB und ZUMA herausgegeben.

Die Tagung befasste sich mit den Zielsetzungen, der Geschichte, der Struktur, den Berichterstattungsformen sowie der Nutzung und Wirkung der beiden Reports. Neben einleitenden Vorträgen der Herausgeber stand zu Beginn die Frage im Vordergrund, welches Bild der aktuellen Situation und des Wandels der deutschen und italienischen Gesellschaft in den jeweiligen Reports vermittelt wird. Vertieft wurde der Vergleich durch eine Reihe von Vorträgen, die ausgewählte gesellschaftliche Probleme und Aspekte der sozialen Situation in beiden Gesellschaften thematisierten. Abschließend wurden Perspektiven der Weiterentwicklung beider Reports sowie darüber hinaus auch Perspektiven der nationalen und supranationalen Sozialberichterstattung in Europa diskutiert.

Zu den Teilnehmern der Tagung gehörten neben Herausgebern und Autoren der beiden

Reports auch deren Nutzer sowie weitere Experten der Sozialberichterstattung und Sozialstrukturanalyse aus verschiedenen italienischen und deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Instituten. Auch die Deutsche Botschaft war vertreten. Die Tagung wurde von Aldo Venturelli (Villa Vigoni) unter Beteiligung von Carla Collicelli (Censis) und Heinz-Herbert Noll (ZUMA) organisiert und von der Deutschen Forschungsgemeinschaft unterstützt.

Für das Frühjahr 2007 ist eine weitere Tagung in der Villa Vigoni geplant, auf der die begonnene Diskussion unter Einbeziehung von Akteuren der Sozialberichterstattung aus weiteren europäischen Ländern fortgesetzt werden soll.

Eine neue Ausgabe des Datenreports, der Datenreport 2006, wird am 13. September in der Bundespressekonferenz in Berlin der Öffentlichkeit vorgestellt und ist danach als Printausgabe erhältlich sowie in einer PDF-Version auch Online verfügbar.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**  
Tel.: 0621 / 1246-241  
noll@zuma-mannheim.de